

**PROTOKOLL
ZUR 6. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS
„ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“**

Datum: 28.04.2008
Beginn: 16.45 Uhr
Ende: 21.50 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Jörg Semmler & Matthias Goetz
Teilnehmer/innen: siehe Anlage Teilnehmerliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über das Protokoll der 5. Sitzung des Mediationsforums vom 10.03.2008
4. Rahmenbedingungen des Denkmalschutzes für eine gute Sanierung des Landwehrkanals
5. Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung
 5.1 AK „Sanierung“
6. Verschiedenes
7. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Frau Voskamp begrüßte die Teilnehmer/innen und die Gäste der 6. Sitzung des Mediationsforums.

Die Gäste des Forums stellten sich kurz vor:

Frau Evelyn Bodenmaier, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für das Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin (WSA).

Herr von Krosigk, stellvertretender Landeskonservator, Gartendenkmalpflege.

Herr Theseus Bappert, Landschaftsarchitekt in Potsdam, einer von drei Gutachtern des Landwehrkanal-Gutachtens von 1990.

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Prof. Dr. Geyer, Freier Landschaftsarchitekt und Hochschullehrer in Essen, einer weiterer von drei Gutachtern des Landwehrkanal-Gutachtens von 1990.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Frau Voskamp verlas die Tagesordnung der 6. Sitzung des Mediationsforums, die allen rechtzeitig zugegangen ist.

Die Mediatoren schlugen vor, den Tagesordnungspunkt „Was gibt es Neues/Berichtenswertes“ hinter den Vortrag von Herrn von Prof. Dr. Prof. Dr. Geyer zu verschieben und anschließend einen Tagesordnungspunkt zum Stand und zur weiteren Vorgehensweise des Verfahrens nach dem Vortrag von Prof. Dr. Prof. Dr. Geyer einzufügen.

Die Tagesordnung der 6. Sitzung wurde mit dieser Änderung beschlossen.

Frau Voskamp wies darauf hin, dass Frau Kalepky das Forum um 18:30 Uhr verlassen müsse und Herr Prof. Dr. Geyer um 20:15 Uhr.

3. Beschluss über das Protokoll der 5. Sitzung des Mediationsforums vom 10.03.2008

Zum Protokoll der 5. Sitzung des Mediationsforums vom 10.03.2008 wurden einige Änderungsvorschläge eingebracht, die in das Protokoll aufgenommen wurden.

Frau Riemer wies darauf hin, dass es falsch sei, dass das Wasserstraßen-Neubauamt sicher nicht in die Baumaßnahmen am Landwehrkanal involviert sein würde. (vgl. 1. Satz auf Seite 8). Man könne dazu derzeit noch keine gesicherten Aussagen treffen, da dies von der Art der auszuführenden Maßnahmen abhinge.

Auf Nachfrage von Frau Kleimeier ergänzte Herr Hildebrandt, dass es sich um eine Sanierungsmaßnahme handelte, bei der das Wasser- und Schifffahrtsamt zuständig sei.

Das Forum kam darin überein, dass festgehalten würde, dass dieser Punkt noch offen sei.

Das Protokoll der 5. Sitzung des Mediationsforums vom 10.03.2008 wurde mit den angemerkten Änderungen vom Forum beschlossen.

4. Rahmenbedingungen des Denkmalschutzes für eine gute Sanierung des Landwehrkanals

Herr von Krosigk gab eine Einführung dazu: Er legte dar, dass im Lenné - Jahr 1989 anlässlich des 200. Geburtstages von Peter Joseph Lenné vom Landesdenkmalamt ein

umfangreiches Gutachten über den Landwehrkanal in Auftrag gegeben wurde. Damals sei die Ausgangslage eine andere, weniger konfliktbeladene gewesen. Es habe die Absicht bestanden, Lenné nicht nur als Architekten großer Gärten zu würdigen, sondern auch auf seine Tätigkeit als erfolgreicher Stadtplaner aufmerksam zu machen. Insbesondere das Erbe der Schmuckplätze hob er hervor und nannte beispielhaft den Viktoria-Luise-Platz, den Pariser Platz, den Hausvogteiplatz und den Schinkelplatz.

Lenné habe immer das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden versucht. Lenné habe die ökologische Bedeutung stets erkannt, aber auch versucht das jeweils Interessante, Besondere eines Ortes, einer Situation jeweils spezifisch herauszuarbeiten. Nicht nur das standortgerechte Grün sei wesentlich gewesen, sondern auch das Nutzbare.

Lenné habe sich frühzeitig mit Wasserstraßen beschäftigt, zu nennen seien dabei u.a. der Landwehrkanal und der Luisenstädtische Kanal, den Lenné konzipiert und ausgeführt habe.

Herr von Krosigk plädierte dafür, die Linearität des Landwehrkanals nicht zu verwässern und das Prinzip der „Perlenschnur“ nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Schnur werde durch den Kanal repräsentiert. Die „Perlen“ sollten wieder für Besucher und Anwohner heraus geputzt werden. Er wies besonders hin auf die Berücksichtigung der 13 Leitsätze des Gutachtens.

Herr Krosigk plädierte für ein behutsames Herausarbeiten der prägenden Elemente, unter Orientierung an der Zeit der 2. Kanalsetzung. Dies sei ein erhaltenswertes Erbe, auch in seiner partiellen Gestörtheit. Wichtig im Zusammenhang mit Baumnachpflanzungen sei, dass die Herstellung eines möglichst einheitlichen Bildes nicht unbedingt denkmalgerecht sei, und dass unterschiedliche Altersschichten sichtbar gemacht und erhalten werden sollten. Gerade die Vielschichtigkeit könne am meisten „erzählen“, Fehlstellen könne man ergänzen. Entscheidend sei das behutsame Verfolgen eines langfristigen nachhaltigen Konzeptes.

Aus diesem Grunde, betonte Herr von Krosigk, sei diese Runde des Mediationsforums auch so wichtig. Er bedauerte, dass er nicht immer dabei sein könnte, verwies aber auf Herrn Lingenauber als eine profunde Vertretung.

Herr von Krosigk schloss seinen Vortrag mit der Beobachtung, dass er vielerorts langfristige Konzepte erkennen könne. - Dies gebe der Stadt Identität und mache Hoffnung für den Landwehrkanal.

Die Mediatoren dankten Herrn von Krosigk für diese Einführung. Die Teilnehmerinnen richteten einige Fragen an Herrn von Krosigk:

Herr Appel stellte die Frage, was die „Zweite Kanalsetzung“ sei.

Herr von Krosigk antwortete, die zweite Kanalsetzung sei in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts durchgeführt worden. Diese sei aufgrund der extremen Verkehrsentwicklung und den daraus resultierenden Erosionsproblemen der landschaftlich gestalteten Uferbereiche notwendig geworden. Aus dieser Zeit stammte etwa die steinerne Uferbefestigung des Landwehrkanals. Natürlich habe es auch nach dem II. Weltkrieg Weiterentwicklungen gegeben. Es stelle sich die Frage, welches die „Leitebene“ sei. Aus denkmalpflegerischer Sicht orientiere man sich immer am jüngsten Stand, wenn er denn architektonisch ernst zu nehmen sei und gut weiter entwickelt werden könne.

Herr Ginsberg fragte nach, wer den Kanal eigentlich gebaut und geplant habe. Beispielhaft las er zwei Zitate vor, in denen behauptet wurde, der Landwehrkanal befände sich seit

Lenné in unverändertem Zustand.

Herr Prof. Dr. Prof. Dr. Geyer antwortete darauf, dass Lenné nicht die Mauern am Landwehrkanal geplant habe, hingegen aber die Mauern am Humboldthafen, die in derselben Bauweise errichtet worden seien wie die am Landwehrkanal. Die Mauer am Landwehrkanal könne Lenné auch deswegen gar nicht gebaut haben, da er 1866 gestorben und die Mauer erst 1888 gebaut worden sei. Herr Prof. Dr. Prof. Dr. Geyer ergänzte, dass bei der Be- und Entladung der Schiffe das Ufer betreten werden musste und dass diese die Erosion erheblich unterstützt haben.

Herr Kessen fragte, welche Bedeutung diese Information für das Forum habe.

Herr Lingenau führte aus, dass für den Humboldthafen das Land Berlin ein Konzept zur Sanierung verabschiedet habe, nicht das WSA. Dabei sei die Ufermauer in Teilen stabilisiert und in Teilen erneuert worden. Der älteste Teil aus dem Jahr 1854 sei noch von Lenné realisiert worden.

Herr Prof. Dr. Geyer stellte die Ergebnisse seiner Arbeit am Gutachten zum Landwehrkanal mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation vor (Anlage zum Protokoll als pdf-Datei).

Herr Prof. Dr. Geyer erklärte, dass die Baumarten Rosskastanie und Spitzahorn die wesentlichen Baumarten der Freiflächen entlang des Landwehrkanals gewesen seien, die in der ersten Planung um 1860 verwendet worden seien. Bei der Verdichtung der Alleen um 1890 seien die wesentlichen Vorgaben diesbezüglich weitgehend eingehalten worden. Um die Zeit von 1920 seien erste Veränderungen deutlich geworden. Im Bereich des Schöneberger Ufers sei der Spitzahorn zurückgedrängt und stattdessen Linde, Baumweide und Zuckerahorn verstärkt verwendet worden.

Der Baumbestand von 1990 sei im Rahmen des Gutachtens mittels einer Gehölzkartierung einzeln aufgenommen worden, auch um anschließend ggf. ein Kataster erstellen zu können. Bei der Kartierung des Baumbestandes wurde beispielsweise festgestellt, dass an der Corneliusstraße die Baumart Kastanie noch vorhanden war.

Herr Prof. Dr. Geyer stellte ein Planwerk des Gutachtens vor, in dem Einzelbäume entlang der Uferabschnitte nach Gattungen zusammengefasst und farblich differenziert dargestellt wurden. Die untersuchten Bäume wurden nach folgenden Altersklassen unterschieden: 1850 - 1875, 1875 - 1900 und 1900 - 1925. Der von Herrn Prof. Dr. Geyer vorgestellte Bereich wies sehr alte Bäume auf.

Bei dieser Sichtkontrolle seien teilweise stark geschädigte Exemplare festgestellt worden. Die Ursachen hierfür führte Herr Prof. Dr. Geyer auf die Stützmauer und die Auswirkungen der Abgasbelastungen zurück.

Herr Prof. Dr. Geyer stellte das Lenné'sche Pflanzschema der Allee-Bepflanzung vor. Diese seien als Begegnungsorte und zur Besucherführung konzipiert gewesen. Dies funktioniere auch heute noch. Nicht zu unterschätzen sei auch die für Berlin sehr wichtige Verbindungsfunktion des Landwehrkanals zwischen Ost und West.

Herr Prof. Dr. Geyer ergänzte, dass es damals schon ein Auftreten des Ulmensplintkäfers gegeben habe. Betroffene Bäume seien mit Rosskastanie ersetzt worden. Der Pflanzabstand betrage 8-10 m. Die Zielarten wurden durch Hybridpappeln ergänzt.

Zur Pflege des zukünftigen Bestands empfahl Herr Prof. Dr. Geyer, sich an der Struktur der vorhandenen Vegetation zu orientieren. Er empfahl, bei möglichem Abgang von Rosskastanien durch die Kastanienminiermotte, diese künftig mit einer resistenten Art der Ulme zu ersetzen.

Herr Prof. Dr. Geyer führte aus, dass standort- und artbedingte Probleme zu unterscheiden

seien. An verschiedenen Standorten sei beispielsweise festzustellen, dass unterschiedliche Substrate übereinander lagerten. Deren unterschiedliche Korngrößen führten zu einer entsprechend unterschiedlichen Wasserführung entlang der Schichtgrenzen. Der entstehende Wasserfilm behindere teilweise das Wurzelwachstum, berge aber auch das Potenzial der Bereitstellung von Wasser und Nährstoffen. Diese Situation fände man vermehrt in Randbereichen von Wegen, Gebäuden und Mauern. Arten die aus extremen Standorten kommen, könnten sich daran anpassen, Flachwurzler könnten beispielsweise Pfahlwurzeln ausbilden. Manche Baumarten könnten auch in Randbereichen von Gewässern Wurzeln ausbilden - auch unter Ausschluss von Sauerstoff. Diese Eigenschaft wiederum könne in Nahbereichen von Mauern ein Problem darstellen.

Es sei zu beobachten, dass Wurzeln dorthin wachsen würden, wo Wasser und Nährstoffe seien. Dies wäre häufig der Rinnstein und die Mauern.

Zu beachten sei, dass Bäume auf Extremstandorten nicht an ihr Altersoptimum heran kämen, sondern dieses oft weit unterschritten würde. Eine Eiche würde z.B. an einem Extremstandort nicht 1000 Jahre sondern eher 100 - 150 oder 200 Jahre. Diese Tatsache habe Konsequenzen für das Konzept.

Herr Prof. Dr. Geyer erläuterte, dass es vorkomme, dass beispielsweise bei einer Schichtung von Sand mit darüber liegendem Wegeunterbau der Feinwurzelanteil darunter wieder ansteigen würde. Bei Linden und Kastanien könnten Wurzeln bis zu 8 m hinunter reichen. Außerdem seien Wurzeln auch bis zu 40 m außerhalb des Kronentraufbereichs festzustellen. Dies solle man nicht unterschätzen und beachten wenn man an die Mauersanierung herangehe.

Herr Prof. Dr. Geyer beendete den Vortrag mit einer Aufstellung der erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des Bestandes. Dies beinhalte die Erstellung eines aktuellen Baum-/Gehölzkatasters sowie eines Pflegewerkes. Eine Entwicklungs- und Unterhaltungspflege wäre darauf abzustimmen. Der Bestand sollte auf Schädlinge untersucht werden. Eine artenbezogene Auflistung der Reststandzeiten wäre unabdingbar für ein rechtzeitiges Eingreifen bzw. eine notwendige Weiterentwicklung des Bestandes. Diese Ergebnisse sowie weitere Faktoren, wie z.B. die Größe des Kronenraums und die zu erwartende Wurzelentwicklung, sollten Einfluss auf die Artenauswahl bei Neupflanzungen haben.

Auf die Frage von Herrn Lingenauber, ob Herr Prof. Dr. Geyer den Einsatz von weißblühenden Kastanienarten vor dem Hintergrund der Problematik um die Kastanienminiermotte noch für empfehlenswert halte.. erwiderte er, dass man frühzeitig das Laub der einsammeln müsste, dies aber meist nicht umsetzbar wäre. Der Bemerkung von Herr Appel, dass rotblühende Arten nicht von der Miniermotte befallen werden würden, widersprach er - dies sei durchaus teilweise der Fall.

Herr von Krosigk bat Herrn Prof. Dr. Geyer um eine Einschätzung, zu einer möglichen Leitlinie der zukünftigen Pflege- und Entwicklung.

Herr Kessen gab zu Bedenken, dass es momentan lediglich darum ginge, Informationen zu sammeln und fragte das Forum ob eine Antwort von Herrn Prof. Dr. Geyer auf diese Frage gewünscht sei.

Frau Enwaldt und weitere Teilnehmer/innen sprachen sich ohne Gegenstimmen für eine Antwort von Herrn Prof. Dr. Geyer aus.

Herr Prof. Dr. Geyer erwiderte, er sei gebeten worden, einen Vortrag zu halten mit dem Ziel Problembereiche herauszuarbeiten. Sich im Grundsatz zu zukünftigen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zu äußern, sei hochkomplex und für ihn allein derzeit schwierig.

Er führte weiter aus, dass man grundsätzlich nicht davon ausgehen könne, dass bei Sanierungs-/Baumaßnahmen an den Mauern, der Baumbestand nicht betroffen sein würde. In der Wasserwechselzone könnten sich Wurzeln auch innerhalb der Mauern befinden. Schlimmstenfalls könnten Auswirkungen von Arbeiten an den Mauern zum Absterben eines Baumes führen. Dies sei allerdings abhängig von der jeweiligen Art.

Herr Prof. Dr. Geyer schlug vor, in denjenigen Abschnitten des Kanals in denen saniert werden soll, ein paar Arten auszusuchen und einen Suchgraben herzustellen oder Kernbohrungen durchzuführen. Mit den Kernbohrungen sei allerdings nicht das komplette Wurzelbild erkennbar.

Bei teilweise stark geschädigten Bäumen könnte man die Reststandzeit abschätzen und Maßnahmen in Anlehnung an das alte Konzept durchführen. Man könnte die gewollten Arten einbringen oder diejenigen Maßnahmen durchführen, die man immer schon einmal geplant habe durchzuführen..

Auf die Frage aus dem Forum, ob man geschädigte Bäume fällen solle, erwiderte Herr Prof. Dr. Geyer, dies wisse man erst nach der Einschätzung des jeweiligen Exemplars. Voraussetzung sei, dass man eine Leitlinie für Bauwerk und Baumbestand habe. Dazu gehöre, dass das Konzept auch für die betroffenen Bezirke tragbar sei. Bevor Entscheidungen getroffen würden, sollte erst ein Konzept für den Gesamtkanal gefunden werden.

Frau Enwaldt fragte, wer die Suchgräben anlegen und die Einschätzung der Schädigungen der Bäume durchführen würde, bzw. wer dafür zuständig sei.

Herr Prof. Dr. Geyer erwiderte, zur Durchführung dieser Leistungen bedürfe es eines ausgewiesenen Fachmanns.

Frau Enwaldt fragte, ob das Thema der Artenvielfalt bei der Gutachtenerstellung 1990 bedeutsam gewesen sei.

Herr Prof. Dr. Geyer erwiderte, ökologische Themen seien nicht Bestandteil des Gutachtens gewesen. Es gäbe aber Ansatzpunkte, z.B. eine Diplomarbeit, die sich damit befasst habe wie sich die Vegetationsstrukturen auf die heimischen Vogelarten auswirken würden.

Auf die Frage von Frau Enwaldt, ob der Denkmalschutz dazu tendierte mehr Rasenfläche zu schaffen, antwortete Herr Prof. Dr. Geyer, dass dies differenziert zu betrachten sei. Es gebe diesbezüglich zwei Tendenzen: Eine würde dahin gehen, möglichst viel Flächen offen zu halten. Teilweise sei auf solchen Flächen Knöterich gepflanzt worden, dort könne man zuerst ansetzen.

Sträucher stellten eher kein Problem dar, diese könne man teilweise auch heraus nehmen. Auf Teilflächen könne es auch sinnvoll sein, eine Staffelung von Kraut-, Strauch- und Baumschicht herzustellen. Es gebe allerdings nur wenige Standorte, wo dies Sinn mache. Das Zulassen von Sukzession sei dagegen nicht sinnvoll. Der Landwehrkanal sei nicht mehr wie zu Lenné's Zeiten an der Stadtgrenze lokalisiert, er sei ein städtebauliches Element und dementsprechend zu behandeln.

Frau Enwaldt fragte ob ökologische Fragen heutzutage überhaupt nicht mit einfließen würden.

Herr Prof. Dr. Geyer wies darauf hin, dass in Rahmenpflanzungen die Pflanzung von Ziergehölzen mit berücksichtigt würde. Im Übrigen habe Lenné weitgehend standortgerechte Arten gepflanzt.

Frau Enwaldt fragte, ob der Klimawandel ein Thema bei der standortgerechten Auswahl der Pflanzen sei.

Herr Prof. Dr. Geyer erläuterte, dass ihm in Deutschland ein Fall bekannt sei, bei dem eine mediterrane Art auf einem Marktplatz gepflanzt worden sei. Er sei der Meinung, dass man in Deutschland künftig mit extremen Temperaturschwankungen zu rechnen habe. Gefragt seien daher anpassungsfähige Bäume und Gehölze. Die Erle sei beispielsweise ein Baum der eine sehr breite Standortamplitude - von nass bis trocken - habe.

Ein größeres Problem stellten Bodenverdichtung und Schadstoffeinträge dar. Für ihn stelle sich die eher Frage, wie die Grundstruktur des Artenbestandes am Kanal insgesamt zu entwickeln sei. Es gehe darum, zunächst einen Gesamtrahmen zu definieren. Standortgerecht müsse auf jeden Fall immer gepflanzt werden, wahrscheinlich sei eher „florengerecht“ gemeint.

Herr Ginsberg fragte nach, wie mit Götterbaum- und Robinienbeständen umzugehen sei, die ja nicht standortgerecht seien, und inwiefern man Kompromisse eingehen könne.

Herr Prof. Dr. Geyer erwiderte, der Götterbaum könne sich hauptsächlich auf Freiflächen entwickeln, auf denen wenig Konkurrenz herrsche, die Art sei sehr lichthungrig. Wenn Florengerechtigkeit das Ziel sei, wäre der Götterbaum eher nicht akzeptabel. Bei Robinien sei ein aktiver Eingriff in die Bestände anzuraten, da diese Alkaloide aussonderten, die alles andere unterdrückten. Die Robinie sollte nicht dominant werden. Zu überlegen wäre in solchen Fällen eine Ersatzpflanzung mit standort- und florengerechten Arten.

Herr Lingenauber empfahl, abschnittsweise zu differenzieren und dies im AK Sanierung zu besprechen. Er fragte nach, welche Empfehlung Herr Prof. Dr. Geyer habe für den Umgang mit dem teilweise sehr unterschiedlichen Bestand. Außerdem halte er für möglich, dass sich nach den Ausführungen von Prof. Dr. Geyer doch Wurzeln unterhalb der Wasserlinie befinden könnten. Für ihn stelle sich die Frage, welche Auswirkungen dies auf das Bauwerk habe. Die Bäume stünden in unterschiedlichen Entfernungen zur Mauer. Probleme seien insbesondere dort zu erwarten, wo die Bäume sehr nah an den Ufermauern stünden.

Er fasste zusammen, dass vertiefende Untersuchungen seiner Meinung nach erforderlich seien. Dies ziehe er als Quintessenz aus dem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Geyer. Es wäre ein aufwendiges Gutachten für den Baumbestand, die Schifffahrt und den Naturschutz notwendig.

Herr Prof. Dr. Geyer ergänzte, dass Untersuchungen vorbereitend und begleitend erforderlich wären und dies separat zu sehen wäre von der baubegleitenden Tätigkeit eines Baumgutachters.

Frau Mangold erklärte, dass bei einer Aktualisierung des Landwehrkanalgutachtens auch die naturschutzfachlichen Aspekte, z.B. in Form eines landschaftsplanerischen Strukturkonzeptes, betrachtet werden sollten. Hierbei könnten u.a. die naturschutzfachlich wertvollen Bereiche herausgearbeitet werden. Dies ist aber in Abhängigkeit der Zustimmung von SenStadt und der Mittelverfügbarkeit zu sehen.

Herr Lingenauber ergänzte, dass eine solche vertiefende Untersuchung die Möglichkeit böte, das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren. Herr Prof. Dr. Geyer fügte hinzu, das bestehende Gutachten böte ein paar gute Ansätze, an denen man weiterarbeiten könnte. Die Bestände seien bereits im Groben beschrieben worden, die daraufhin nun differenziert werden könnten.

Herr Appel plädierte dafür, den Naturschutz nicht nur an einigen Stellen oder nur ein bisschen zu beachten, sondern ökologische Fragestellungen in den Vordergrund zu stellen. Herr Appel wiederholte seine in mehreren Sitzungen vorgetragene Forderung nach einer Bestandsaufnahme, die er für dringend erforderlich halte. Dies sei auch vor dem

Hintergrund von Wasserrahmenrichtlinie und der FFH - Richtlinie zu sehen. Die Korridorfunktion des Landwehrkanals sei auch zu beachten, dies könne auch im Einklang mit den denkmalpflegerischen Anforderungen erfolgen. Es gelte, das ökologische Potenzial u Wasser und zu Lande zu entwickeln.

Herr Appel forderte, im Rahmen einer erneuten Gutachtenbearbeitung der Frage nachzugehen, welche Pflanzen geeignet seien, die Entwicklung des ökologischen Potenzials zu fördern. Herr Appel schlug vor, bei besonders wertvollen Bäumen, die nah an der Mauer stünden, zu versuchen, durch Bodenaustausch Wurzeln in eine andere Richtung wachsen zu lassen. Damit sei der Denkmalschutz gesichert, ohne dass Bäume verloren gingen.

Frau Mangold wies darauf hin, dass die von Herrn Appel geforderte Berücksichtigung der FFH-Richtlinie heutzutage „Standard“ und sowieso zu beachten sei, da ansonsten Planungsunsicherheit bestünde. Frau Mangold betonte, dass Naturschutz immer auch ein Thema der Abwägung unterschiedlicher Zielsetzungen sei. Der Landwehrkanal sei ein städtebauliches Element, aber der Naturschutz stünde dabei nicht im Hintergrund. Eine Kombination bzw. Kooperation der unterschiedlichen Zielsetzungen sei vorstellbar.

Herr Kessen ergänzte Frau Mangoldts suche nicht das „Aber“ sondern das „Und“.

Herr Prof. Dr. Geyer wies darauf hin, dass nicht nur die Bäume in die Untersuchungen einzubeziehen worden seien, sondern auch die Strauch- und Krautschicht. Er wandte ein, dass Bodenaustauschmaßnahmen nicht nur sehr teuer seien, sondern auch gewaltige Probleme mit sich bringen könnten: So könnte es beispielsweise zum einem Wasserstau und dem so genannten „Blumentopfeffekt“ kommen. Herr Prof. Dr. Geyer berichtete von einer Deponie, bei der Oberboden in einer Tiefe von 20 oder 30 cm aufgebracht worden sei, mit dem Ergebnis, dass die dort gepflanzten Bäume nur in dieser flachen Schicht wurzeln würden. Es sei am besten den Standort so anzunehmen wie er ist.

Herr Hiller fragte, ob Weiden im Lenné'schen Konzept enthalten gewesen seien. Daraufhin führte Herr Prof. Dr. Geyer aus, dass Trauerweiden wohl immer wieder mal vorgekommen seien, jedoch nur sehr punktuell, z.B. im Bereich von Brückenwiderlagern. Sie seien als Zielpunkt oder Aussichtspunkt eingesetzt worden Teilweise seien sie auch erst nach dem Krieg gepflanzt worden. Sie seien sehr anfällig gegen Wind u.a. Herr Freise wies darauf hin, dass einige starke Äste abgängig seien und dass es bereits zu gefährlichen Zwischenfällen gekommen sei. Frau Enwaldt betonte, dass Trauerweiden das Erscheinungsbild des Kanals prägen würden und den Anwohnern sehr wichtig seien.

Herr Prof. Dr. Geyer erwiderte, dass Weiden grundsätzlich nicht alt werden würden.

Die Frage von Frau Enwaldt danach, wie viel Prozent der Bäume aus ästhetischen Gründen zu fällen seien, beantwortete Herr Prof. Dr. Geyer mit dem Vorschlag, selbst bei Mischbeständen nur abgängige Bäume zu entfernen oder abschnittsweise vorzugehen.

Auf die Bitte von Frau Enwaldt, ob man eine Zahl nennen könne, da die Äußerungen nicht ausreichend konkret seien, erwiderte Herr Lingenauber, dass sei noch nicht geklärt sei.

Herr Bappert bemerkte, dass unterschiedliche städtebauliche Strukturen mit sehr verschiedenartigen Abschnitten den Kanal prägten. Er führte aus, dass zu Lenné's Zeit der Landwehrkanal die Stadtgrenze dargestellt und Lenné bereits die Stadt- und die Landseite unterschiedlich behandelt habe. Auf der Stadtseite habe sich ein Grünzug mit einem sich schlängelnden Weg befunden und auf der Südseite eine strenge Allee. Diese Gegebenheiten seien aber schnell überformt worden, da die Stadt förmlich über den Kanal hinüber gewachsen sei. Die verdichtete Stadt habe eine strenge Allee erforderlich gemacht. Die Schlussfolgerung daraus sei, dass auf dem östlichen Abschnitt im Bereich der Blockrandbebauung eine Alleeergänzung notwendig sei. In Bereichen mit aufgelockertem

Gebäudebestand aus den 50er Jahren sei eine strenge Struktur falsch. Die Trauerweiden, die in den 50er und 60er Jahren gepflanzt worden seien, seien in einem solchen verlandschaftlichten Bereich richtig. Diese gehörten in der jeweiligen Stadtstruktur dann dazu.

Herr Ginsberg führte an, dass beispielsweise in der Nähe der Hobrechtbrücke ein Konflikt mit diesem strengen Konzept der Alleeführung bestünde. Er fragte die Gutachter, wie denn damit umzugehen wäre und ob Blockrandbebauung und Freizeitnutzung wohl in Einklang zu bringen seien.

Herr Prof. Dr. Geyer antwortete, dass der Kanal als Grünkorridor möglicherweise Vorrang hätte. Entscheidend für Kleinlebewesen seien weniger Vegetationsbestände als vielmehr ver- oder entsiegelte Wegestrukturen.

Herr Lingenauber stellte fest, er könne den Bezirken keinen Vorwurf machen wegen deren finanzieller Probleme. Er wolle aber die Aussage von Herrn Bappert bestätigen und darauf hinweisen, dass ein Sanierungskonflikt trotzdem bestehen könne. Er bestätigte, dass städtebauliche Strukturen der 50er und 60er Jahre ernst zu nehmen seien. Herr Lingenauber ergänzte, dass er der Meinung sei, dass man auch für Nachpflanzungen ein Gesamtkonzept brauche, von dem dann ein Landschaftspflegerischer Begleitplan inhaltlich profitieren könnte.

Herr Geyer regte an, das Gutachten von 1990 auf einen aktuellen Stand bringen zu lassen und möglicherweise dabei auch andere Schwerpunkte zu setzen.

Auf ihre Frage, wer denn zuständig sei für die Beauftragung einer Bestandsaufnahme, erhielt Frau Kleimeier die Antwort, dass diese der Vorhabensträger, also das WSA sei. Wenn ein bereits Konzept da wäre, würde es auch aufgegriffen werden.

Herr Hildebrandt erwiderte daraufhin, es sei zu einfach, die Verantwortung allein auf den Vorhabensträger zu schieben. Er stellte fest, dass die ersten Schritte nicht das WSA machen würde.

Herr Bappert erwiderte, er habe darüber nachgedacht, ob nicht das ganze Bauwerk auseinander falle wenn man so abschnittsweise vorgehen würde. Bisher seien 5 Bezirke zuständig. Dadurch könne vom Detail bis zur städtebaulichen Struktur nicht von einem einheitlichen Bauwerk gesprochen werden. Es habe hier und da bereits über die Jahre schleichend bauliche Veränderungen gegeben. Das Bauwerk Landwehrkanal wäre nie immer gleich aussehend, ihm lägen dennoch bestimmte Prinzipien zugrunde, die in großen Teilen noch erkennbar wären und nicht verloren gehen dürften, um am Ende kein Produkt zu erhalten, dass keiner gewollt habe.

Herr von Krosigk stellte fest, das differenzierte Landschaftsbild des Landwehrkanals sei in Verbindung mit dem Kultur- und Naturschutz zu werten. Er unterstrich die große Leistung von Lenné, der mit diesem städtebaulich und künstlerisch bedeutsamen Bauwerk beides zusammengebracht habe und bedauerte, dass dies nach dem Krieg teilweise verloren gegangen sei. Mit dem Landwehrkanal handele es sich um ein national bedeutsames Bauwerk, in dessen Sanierung eine großartige Chance zur Identifikation liege. Er zeigte sich dankbar für die Präsentation des Gutachtens und äußerte die Hoffnung, dieses könne zur Richtschnur für die Bewahrung der „Perlenschnur“ werden. Herr von Krosigk merkte an, die Schönheit sei da und man solle sie benutzbar machen.

Herr Ginsberg wandte ein, dass die räumliche Situation als Perle nur bedingt wahrnehmbar sei und betonte die soziale Qualität, die Flanierqualität und die Erlebnisqualität z.B. für den Radverkehr entlang des Kanals, die Verbindungsfunktionen darstellten. Herr Ginsberg fragte, wie man mit den einzelnen Bereichen umgehen wolle, in denen beispielsweise

Nutzungsansprüche des Radverkehrs geltend gemacht würden.

Herr Bappert erwiderte darauf, dass dies abhängig sei vom Einzelfall. Ausschlaggebend sei der jeweilige Anlass: Beim Bau einer neuen Brücke müssen die übergeordneten Prinzipien beibehalten werden können. Dazu müssten die entscheidenden Punkte aber vorher in einem abgestimmten Konzept definiert sein. Alte Brücken könnten nicht abgerissen werden, um beispielsweise dort einen Radweg zu bauen. Der Kanal sei das Element das die verschiedenen städtebaulichen Strukturen zusammen halte. Muss jedoch eine Brücke sowieso umgebaut werden, dann könne überlegt werden, wie auch ein Fahrradweg berücksichtigt werden könnte.

Herr Ginsberg ergänzte, dass es das Element Wasser sei, das alles zusammen halte.

Herr Bappert gab zu Bedenken, dass es nicht allein das Wasser sei, sondern dass das Wasser beispielsweise eine definierte Kante, eine Ufermauer habe. Lenné habe einen Kanal geplant, der sich nicht geradlinig verläuft sondern sich durch Stadt und Landschaft schlängelte. Wasserbauer hätten möglicherweise auch andere Vorstellungen, sie würden sich vielleicht einen langen geraden Kanal wünschen, der sich möglichst wenig dahin schlängelt. Es gäbe jedoch neben diesem Schwingen im Horizontalen auch ein Schwingen in der Vertikalen. Herr Bappert forderte, eine Sanierung müsse das beachten. In früheren Zeiten Wegen sei wegen des Treidelns entlang des Kanals Rasen bis ans Wasser heran angelegt worden, da die Ufer durchgängig hierfür zugänglich und frei gehalten werden mussten.

Herr Ginsberg führte als Beispiel für eine Brücke, die er als Patchwork-Situation empfinden würde die Zossener Brücke an. Er stellte fest, dass die monströse 70er Jahre Brücke dort ohnehin störend sei und schlug vor, dort einen Radweg einzuordnen.

Das Forum und die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Prof. Dr. Geyer für seinen Vortrag und bei Herrn Bappert für sein Kommen und seine Erläuterungen.

Die Mediatoren stellten den Teilnehmerinnen die Frage, welche Erkenntnisse das Forum aus dem Vortrag und der Diskussion ziehen würde.

Die Teilnehmer/innen unterstützten übereinstimmend die von Frau Enwaldt vorgetragene Forderung nach der Notwendigkeit einer Aktualisierung der Bestandsaufnahme des Baumbestandes.

Frau Voskamp hinterfragte, wie der Aufwand zu definieren sei und wer solche Leistungen in Auftrag geben würde.

Herr Prof. Dr. Geyer erwiderte, es bestünden eine Reihe von inhaltlichen Fragen die es zuerst zu klären gelte. Dann könne man erst Kosten ermitteln und ausloten, wie eine Finanzierung erreicht werden kann. Es sei erforderlich, zuerst einen fundierten Fragenkatalog zu erarbeiten. Wenn dann etwas dem Anschein nach nicht finanzierbar sei, könnte man auch untersuchen, ob man mögliche Teilziele erreichen könne. Er sehe die Verantwortung beim WSA, bei den Bezirken und beim Gartendenkmalamt einen Maßnahmenkatalog herauszuarbeiten, um Aufgaben zu bündeln.

Frau Voskamp fragte, wie das von den Vertretern der angesprochenen Bezirksämter, der Senatsverwaltung und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung gesehen werden würde.

Frau Fortwengel schlug vor, eine Kopplung mit dem Pilotprojekt zu prüfen. Frau Enwaldt fügte hinzu, es gebe vielleicht auch die Möglichkeit, EU-Fördergelder zu akquirieren. Voraussetzung sei, dass sich die Verantwortlichen zusammensetzten.

Frau Voskamp stellte fest, man könnte die Äußerungen der Teilnehmer/innen als Unterstützung der Vorschläge von Herrn Prof. Dr. Geyer werten. Die Frage sei, wer die Inhalte definiere.

Herr von Krosigk machte den Vorschlag, dass das Land Berlin, vertreten durch das Landesdenkmalamt, sich mit den Gutachtern Herrn Prof. Dr. Geyer und Herrn Bappert in Verbindung setzen könnte, um mögliche Inhalte zu entwickeln und Kosten zu ermitteln. Das Ergebnis würde man dann dem Forum vorstellen, Fördermöglichkeiten könnten gleichfalls geprüft werden.

Frau Enwaldt wandte ein, dass die Bestandsaufnahme wichtig sei und weniger die Planung. Als Frau Mangold die Bedeutung einer ausgewogenen Zieldefinition unterstrich, fragte Herr Kessen, ob sie meine, dass der Fragenkatalog ergänzt sollte; was sie bejahte.

Daraufhin einigten sich die Beteiligten darauf, dass unter Federführung des Landesdenkmalamtes gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Wasser- und Schifffahrtsamt Fragestellungen zur Aktualisierung und Weiterentwicklung des Gutachtes von 1990 entwickelt werden. Die Möglichkeiten der Finanzierung sollen erst in einem zweiten Schritt ausgelotet werden. Ergebnisse sollen bis Ende Juni 2008 bereits vorliegen.

Herr Scholz ergänzte, das WSA werde einen finanziellen Beitrag leisten. Die Bereiche in der Nähe des Ufers sollten aus seiner Sicht vorrangig untersucht werden.

Frau Voskamp fasste zusammen, sie verstehe das als Zusage, dass das WSA einen finanziellen und inhaltlichen Beitrag leisten wolle.

Herr Scholz bestätigte dies unter der Bedingung, dass die Belange des WSA betroffen seien.

Herr Ginsberg merkte an, dass es für den Landwehrkanal im Jahr 1984 bereits eine Artenschutzkartierung gegeben habe, dies aber keine detaillierte Bestandskartierung gewesen sei beispielsweise bezüglich der Frage wo Flachwasserzonen im Kanal vorhanden seien.

Frau Enwaldt fragte, wodurch der Aspekt der Stadtplanung mit abgedeckt sei und wie mit der Bürgerbeteiligung umgegangen werde.

Herr von Krosigk erläuterte, bei der Vorstellung würden die Bürger beteiligt werden. Zunächst gelte es, festzulegen, was zusätzliche Anforderungen wären, was das koste und welche Zeit man benötige.

5. Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung

5.1 AK Sanierung

Frau Voskamp stellt das Ergebnis der 2. Sitzung des Arbeitskreises Sanierung vor vom 22. April 2008.

Im Arbeitskreis sei ein Konsens erreicht worden, dass die Varianten der Spundwandausführung für die Bereiche, in denen sich Betonklötze zur Baumsicherung befinden, d.h. auf der Länge von 370 m, dem Forum vorgestellt werden sollten. Das Forum solle entscheiden, ob die Varianten auf Machbarkeit geprüft werden sollte.

Herr Biewald stellte die geplante Variante des WSA vor, Frau Kleimeier die von ihr entwickelten Varianten. Die Varianten von Frau Kleimeier unterschieden sich von der des WSA insbesondere dahingehend, dass diese sowohl als temporäre wie auch als dauerhafte, d.h. endgültige Lösungen in Betracht kämen.

Da Herr Prof. Dr. Geyer vorzeitig die Sitzung verlassen musste, wurde er um Stellungnahme gebeten zu den Varianten von Frau Kleimeier, die er bereits kannte, die dem Forum jedoch erst im Nachgang zu seiner Stellungnahme präsentiert werden konnten.

Herr von Krosigk bat Herrn Prof. Dr. Geyer um eine erste Einschätzung der Vorschläge von Frau Kleimeier.

Dieser erläuterte, dass die 2. Variante für ihn eine vorstellbare Möglichkeit darstelle: Man könne im Trockenen sanieren und die Fugen könnten mit Schaumbeton ausgefüllt werden.

Herr Prof. Dr. Geyer führte aus, dass für die einzusetzenden Baustoffe eine Unbedenklichkeitsbescheinigung vorgelegt werden müsste; diese könne man beim Pflanzenschutzamt beantragen. Die vorgesehenen Aufschäumstoffe enthielten nach seiner Kenntnis häufig Fluor und für die Ozonschicht bedenkliche Stoffe. Diese seien kritisch für die Baumwurzeln. Herr Prof. Dr. Geyer plädierte dafür, nicht nur Kernbohrungen vorzunehmen, sondern auch gezielte Grabungen. Diese könne man artbezogen durchführen. Man müsse herausfinden, wie sich die Wurzeln in der Wasserwechselschicht verhielten. Dabei gehe es vorrangig um die Fein- und Mittelwurzeln. Starkwurzeln hätten statische Aufgaben. Wenn Wurzeln entfernt werden müssten, habe das Konsequenzen für die Krone, die dann entsprechend eingekürzt werden müsse.

Frau Voskamp dankte Herrn Prof. Dr. Geyer für das Erscheinen und seinen Beitrag.

Herr Prof. Dr. Geyer konnte leider nicht länger bleiben und verließ die Sitzung um 20.13 Uhr.

Herr Biewald stelle die Variante einer Ersatzsicherungsspundwand des WSA vor.

Für den Bau dieser Variante würden Spundwandkosten in Höhe von etwa 1 Million EUR geschätzt. Die Spundwand könne mehrfach verwendet werden.

Das auf der Darstellung erkennbare gelbe Dreieck sichere die Gesamtkonstruktion. Der Überstand von 90 cm über der Wasserlinie sei aus Gründen der inneren Statik erforderlich. Man könne diese Variante als Ersatz der bestehenden Sicherung betrachten. Die 370 m würden in sieben Abschnitte unterteilt. Alle verwendeten Bauteile könnten verbleiben oder entfernt werden. Gestern seien die Spundwände bestellt worden.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Biewald, dass die Höhe des Spundwand über der Wasserlinie eine Wiederverwendbarkeit nicht beeinträchtigen würde. Frau Voskamp wies darauf hin, dass neu sei, dass man die Spundwände auch stückeln könne in drei mal vier Meter und nicht nur wie bisher in zwei mal sechs Meter.

Herr Loch äußerte seine Verwunderung darüber, warum man über etwas diskutiere, das seiner Auffassung nach bereits beschlossen sei (vgl. Protokoll der 4. Forumssitzung).

Frau Kayser wies darauf hin, dass man diesen Beschluss dahingehend eingeschränkt habe, dass die Variante u.a. noch auf Ihre Denkmalverträglichkeit und städtebauliche Wirkung noch zu überprüfen sei.

Frau Voskamp stellte fest, der Einsatz der Spundwände sei sicher aber, - daher konnten sie unabhängig von der zur Ausführung kommenden Variante auch bestellt werde - aber die Bau-/Verfahrensweise noch nicht.

Frau Kleimeier stellte ihre Variante vor und erläuterte, dass das Stichwort „Sand“ sie dazu veranlasst habe, über diese Variante so nachzudenken. Sie führte aus, dass Fugen zu schließen seien und der Sand nicht betreten werden dürfe. Frau Kleimeier äußerte die Befürchtung, dass dadurch Unfälle möglicherweise kaum zu vermeiden sein würden. Die Mischwassereinträge seien ebenfalls zu bedenken. Der Sand müsse wieder herausgenommen werden - dabei seien Einschränkungen für die Schifffahrt zu erwarten. Frau Kleimeier äußerte darüber hinaus ihre Befürchtung, dass aufgrund der Eigenschaft des Sandes, zu fließen, sich das Bauwerk zu einem „Fass ohne Boden“ entwickeln könnte. Das Ziel der Maßnahme sei es, an der Mauer zu arbeiten.

Frau Kleimeier erläuterte, ihr Ziel sei es, eine dauerhafte Gestaltung zu sichern und den

Baumbestand zu schonen. Die Schifffahrt sollte möglichst störungsfrei gewährleistet werden. Ein Teil der Mauer sei bereits 120 Jahre alt und bestünde aus Stampfbeton der als Schwerkraftwand ausgebildet sei.

Beim Sanierungsvorschlag 1 seien Spundwände notwendig, diese würden ohne Hinterfüllung gesetzt, stattdessen kämen Versteifungen zum Einsatz.

Frau Kleimeier ergänzte zum Sanierungsvorschlag 1, dass die Spundwand geschlossen werden würde und eine trockene Arbeitsweise ermöglicht würde. Der untere Sohlbereich würden dann ausgekoffert und mit Sohlbeton aufgefüllt werden. Die Fugen würden per Injektion mit Schaumzement ausgefüllt. Diese Arbeiten erfolgten computergestützt und verhinderten somit ein Wegfließen des Zements. Der beschädigte Teil der Mauer würde in Steinmetzarbeit repariert. Somit sei die Statik der Mauer wiederherstellbar. Die Spundwände würden über der Sohle abgeschnitten.

Vorteile der beiden Varianten bestünden darin, dass eine eventuelle Munitionsbelastung zunächst unberücksichtigt bleiben könnte, Leitungen nicht betroffen und Wurzeln nicht beschädigt würden. Alle Materialien seien zugelassen.

Frau Voskamp dankte Frau Kleimeier für ihren Beitrag und forderte die Teilnehmer/innen auf, ihre Verständnisfragen zu stellen.

Herr Lücking wandte ein, dass, wenn ein Teil der Gewässersohle betoniert bliebe, sich dies gewässerökologisch nachteilig auswirken könnte.

Herr Biewald schlug vor, die Sanierungsvarianten von WSA und von Frau Kleimeier einer Prüfung auf Plausibilität unterziehen zu lassen.

Herr Bappert schlug vor, die Schrägwand abzutragen und anschließend fachgerecht wieder aufsetzen zu lassen. So könne man auch herausfinden, wie es dahinter tatsächlich aussehe. Frau Kleimeier erwiderte, der Aufwand sei zu groß und wegen der Statik der Mauer nicht nötig. Das von ihr vorgestellte Verfahren stelle das Auffinden von Hohlräumen auch sicher.

Herr Loch erwiderte, er könne der Variante 1 zustimmen und diese einer Prüfung auf Plausibilität unterziehen lassen, da Variante 2 aber Einschränkungen für die Schifffahrt beinhalte und außerdem eine dauerhafte Maßnahme darstelle, könne er dieser Variante nicht zustimmen.

Herr Appel reagierte sehr verwundert, da seiner Meinung nach Herr Loch sich mit dem den Einrichtungsverkehr bereits abgefunden habe angenommen. Gegen diese Wahrnehmung verwahrte sich dieser: Er habe dem Einrichtungsverkehr nicht zugestimmt, dies Einschränkung, die die Schifffahrtsbetriebe wirtschaftlich sehr beeinträchtige, könne aus seiner Sicht nur temporär hingenommen werden. Herr Freise führte aus, die Schifffahrt habe unter dem Einrichtungsverkehr zu leiden und lehnte zusätzliche Einschränkungen ab.

Herr Hiller ergänzte, dass der Einrichtungsverkehr eine deutliche Einschränkung für die Schifffahrt auf dem Kanal darstelle. Eine mögliche Schilfbepflanzung erfordere die Schließung des Landwehrkanals für den gesamten Schiffsverkehr. Die Spundwände halte er auch für gefährlich für kleine Schiffe.

Frau Voskamp und Herr Hildebrand wiesen darauf hin, man entscheide noch nicht über eine Variante, sondern es handle sich um die Entscheidung, ob man eine Variante einer Plausibilitätsprüfung unterziehen solle.

Herr Schael stellte die Frage, warum man den Sand nicht verdichten könne. Herr Scholz

erwiderte, dies könnte Problemen für den Magerbeton bedeuten.

Frau Enwaldt fragte, was diese Plausibilitätsprüfung bedeuten würde und ob dazu die Meinung eines Baumgutachters eingeholt werden würde.

Frau Riemer stellte fest, es handle sich um die Prüfung der Notwendigkeit und der Dauer, sowie der Stadtbildverträglichkeit sowie um die Prüfung der Ausführbarkeit. Frau Enwaldt plädierte dafür, einen Baumgutachter zur Prüfung hinzuzuziehen.

Herr Dohna forderte, die Auswirkungen überdimensionierter Schiffe und die dadurch verursachten Schäden an den Ufermauern ermitteln zu lassen.

Daraufhin forderte Herr Loch, die Bundeswasserstraße Landwehrkanals wieder als Bundeswasserstraße herstellen zu lassen. Die Variante 1 könne man einer Plausibilitätsprüfung unterziehen, Variante 2 aber nicht, da sie ein Pilotprojekt mit einer endgültigen Lösung darstellen würde.

Frau Kayser warb dafür, die Prüfung der Varianten zuzulassen, um beispielsweise auch prüfen zu können, wo man diese einsetzen könne, ohne dass die Schifffahrt beeinträchtigt würde.

Frau Voskamp fragte das Forum ob man einen Konsens über die Durchführung einer Plausibilitätsprüfung erreichen könne.

Frau Fortwengel schlug vor, den Satz aufzunehmen: „Herr Loch als Vertreter der Schifffahrt bekundigt sein ausdrückliches Ablehnen von Variante 2“.

Herr Loch erwiderte, man mache sich unglaublich wenn man eine derartige Präjudizierung zulassen würde. Er frage sich, warum man nur eine einzelne Variante in die Plausibilitätsprüfung geben würde.

Herr Kessen befragte das Forum, ob man eine Zustimmung zur Prüfung von Variante 1 von Frau Kleimeier und von der WSA - Variante erreichen könne.

Herr Schaefel fragte, warum man nicht beide überprüfen könne und kritisierte die Äußerung von Herrn Loch als Totschlagargumente.

Herr Kessen schlug vor, Variante 1 und die WSA - Variante zunächst zur Prüfung zu geben und Variante 2 nicht grundsätzlich auszuschließen.

Diesem Vorschlag stimmte das Forum bei einer Enthaltung zu.

6. Verschiedenes

Frau Voskamp fragte die Teilnehmer/innen ob ein Vortrag von Herrn Bappert als weiterem Gutachter mit anderem thematischen Schwerpunkt in der nächsten, der 7. Forumssitzung am 19. Mai 2008 erwünscht sei. Er habe angeboten über ästhetische und städtebauliche Prinzipien des Landwehrkanals zu referieren.

Herr Bappert erläuterte, sein Vortrag behandle die städtebaulichen Qualitäten und wenn es erwünscht sei, die Ergebnisse der baulichen Bestandsaufnahme. Auch auf die bauliche Ausführung der Mauer könne er eingehen.

Das Forum nahm diesen Vorschlag an.

Frau Voskamp wies auf den 19.05.2008 als nächsten Sitzungstermin des Mediationsforums. Sie schlug vor den Bericht über den AK „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“ dahinein

zu verschieben. Auch der Tagesordnungspunkt zum Stand des Verfahrens und zur Auswertung der Befahrung des Landwehrkanals musste auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Herr Appel stellte die Frage, wann die zugesagten Messergebnisse der Baumvermessung des WSA dem Forum zur Verfügung gestellt würden.

Frau Riemer erwiderte, diese seien nächste Woche fertig.

Die zugesagte Fotodokumentation hat das WSA noch nicht vollständig fertig stellen können. Herr Scholz sagt zu, dass dies schnellstmöglich abgeschlossen werden soll. Die Unterlagen werden auf der Homepage des Verfahrens dann jeweils zugänglich gemacht.

Die Planunterlagen sind dort bereits eingestellt.

Der Input des WSA zu Pflegemaßnahmen am Kanal würde am 19. Mai 2008 erfolgen. Ein entsprechender Input der Bezirksämter soll im AK „Naturschutz und Landschaftsbild“ im Juli erfolgen.

Frau Riemer informierte das Forum darüber, dass fast alle Ausgleichspflanzungen des WSA umgesetzt worden seien.

Die Mediatoren bitten darum, zwischen den Sitzungsterminen auf bilaterale Gespräche mit dem WSA über Inhalte des Mediationsverfahrens möglichst zu verzichten, da zu befürchten ist, dass dies auf Kosten der Transparenz ginge. Alle relevanten Themen sollten in den Sitzungen gemeinsam besprochen werden.

7. Verabschiedung

Die Mediatoren bedankten sich bei den Teilnehmern/innen und bei den Gästen und verabschiedeten das Forum.

Die Sitzung schloss um 21:50 Uhr.

Berlin, 15.05.2008